

Kritik am neuen Behinderten-Gleichstellungsgesetz

Die Bundesregierung will ein wichtiges Gesetz ändern:
Das **BGG**, kurz für **B**ehinderten-**G**leichstellungs-**G**esetz.
In diesem Gesetz geht es um
die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Sie haben die gleichen Rechte wie alle Menschen.
Aber es gibt noch **zu wenig Barriere-Freiheit**
und zu viele Hindernisse für sie.

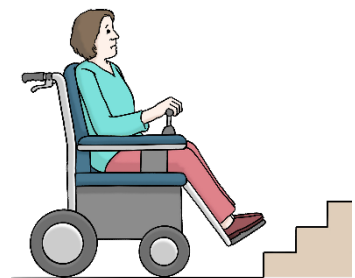
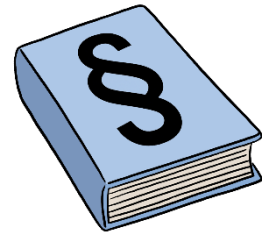
Zum Beispiel:

- Es gibt oft **keine** Fahrstühle oder Rampen für Menschen im Rollstuhl.
- Es gibt **keine** Infos in Gebärden-Sprache.
- Es gibt **keine** Hilfsmittel für blinde Menschen.

Menschen mit Behinderung können darum
nicht überall mitmachen.

Das muss sich ändern.

Darum will die Regierung das BGG ändern.



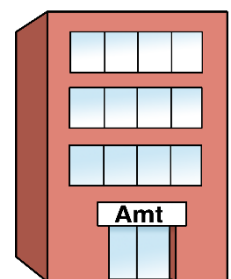
Um was geht es bei den Änderungen?

Viele Gesetze für Barriere-Freiheit sind
für Einrichtungen vom Staat.

Das sind zum Beispiel: Ministerien, Polizei oder
die Bundesagentur für Arbeit.

Die Gebäude von diesen Einrichtungen sollen barrierefrei werden,
spätestens bis zum Jahr 2035.

Dafür will die Regierung bessere Regeln aufschreiben.



Die Bundesregierung will auch neue Regeln für **private Anbieter**.

Das sind zum Beispiel:

Läden, Hotels, Kinos, Banken oder Internet-Shops.

Die Regierung will:

Die privaten Anbieter sollen ihre Angebote auch barrierefrei machen.

Aber das soll auch **nicht** zu teuer oder schwierig sein für die Anbieter.

Es soll auch neue Regeln für Assistenz-Hunde geben.

Assistenz-Hunde helfen Menschen mit bestimmten Behinderungen.

Und es gibt noch viele andere Ideen für Änderungen.

Die Regierung hat alle Ideen aufgeschrieben.

Das ist der **Gesetz-Entwurf**.



Meinungen zum Entwurf

Eine Gruppe von Fachleuten hat jetzt ihre Meinung zum Entwurf gesagt.

Die Gruppe heißt: **Ausschuss für Arbeit und Soziales**.

In der Gruppe sind:

- Fachleute von allen Parteien im Bundestag
- Fachleute von anderen Stellen,
zum Beispiel von Vereinen und Forschungs-Einrichtungen.

Das Treffen war am Montag, 22. Juni 2026 von 15 bis 16:30 Uhr
in Berlin im Paul-Löbe-Haus.

Wir stellen die Meinungen jetzt vor:



Die Meinung von Christiane Möller vom Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband:

Auch für private Anbieter muss klar sein:

Sie dürfen Menschen mit Behinderungen nicht schlechter behandeln.

Das muss so auch in dem neuen Gesetz stehen.

Aber im Entwurf ist es so:

Private Anbieter können viel zu einfach sagen:

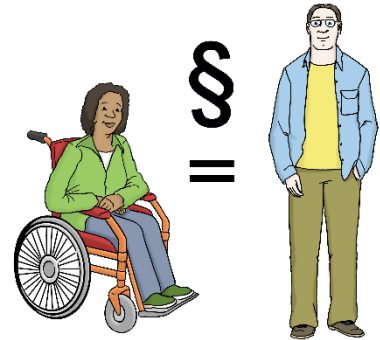
Barriere-Freiheit ist für uns zu viel Aufwand.

Und dann müssen sie nichts tun.

Das darf so nicht sein.

Die privaten Anbieter müssen sich auch anstrengen.

Nur bei wirklich guten Gründen darf es eine Ausnahme geben.



Die Meinung von Britta Schlegel vom Deutschen Institut für Menschen-Rechte:

Der Entwurf hat das Ziel:

Auch bei privaten Anbietern muss es mehr Barriere-Freiheit geben.

Aber dieses Ziel wird **nicht** erreicht.

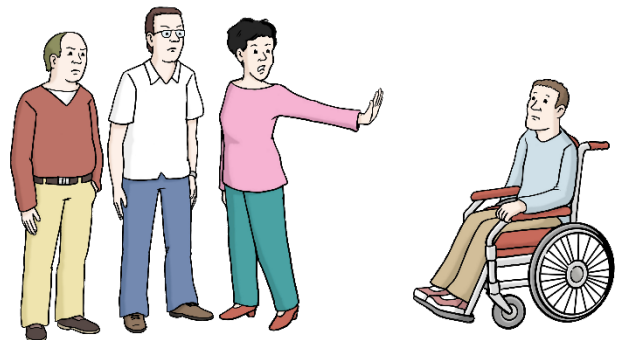
Es gibt zu wenig Regeln für die privaten Anbieter.

Sie müssen zu wenig tun.

Sie können zu leicht Ausreden haben.

Und sie können kaum bestraft werden.

So hilft das neue Gesetz **nicht**.



Die Meinung von Peter Schröder vom Handelsverband Deutschland:

Die privaten Anbieter müssen viel Geld ausgeben für Barriere-Freiheit.
Die Bundesregierung hat geschätzt, wie viel Geld das sein wird.
Aber sie hat viel zu wenig geschätzt.

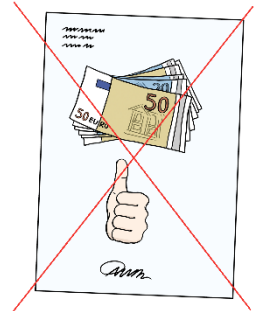
In dem Entwurf fehlen klare Regeln.

Die Anbieter müssen besser wissen, was sie tun müssen.

Und sie müssen wissen:

Wie viel wird das kosten?

Wenn es zu viel kostet, sollen sie es **nicht** machen müssen.



Die Meinung von Anna Robra von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände:

Die privaten Anbieter können **nicht alles** und **immer** barrierefrei machen.
Es gibt zu viele verschiedene Hindernisse für verschiedene Behinderungen.
Besser ist es so:

Hat ein Mensch mit Behinderung ein Problem mit einem Hindernis?

Dann kann man dafür nach einer Lösung suchen.

Fachleute sagen dazu: Angemessene Vorkehrung im Einzelfall.

Mehr einzelne Lösungen sind besser als viele allgemeine Regeln.

Und private Anbieter sollen **keine** Entschädigung zahlen müssen,
wenn es mit der Barriere-Freiheit **nicht** klappt.



Die Meinung von Sascha Göttert, Selbstvertreter:

Viele sagen immer nur:

Barriere-Freiheit ist schwierig und teuer.

Das ärgert mich.

Mehr Barriere-Freiheit überall ist wichtig und richtig.

Und man darf auch **nicht** sagen:

In dem Bereich muss es Barriere-Freiheit geben, aber in dem Bereich **nicht**.

Sonst können Menschen mit Behinderungen **nicht** überall mitmachen.

Die Meinung von Felix Welti, Professor an der Universität Kassel:

Im Entwurf stehen viele wichtige und gute Regeln.

Man muss aber über einige Regeln noch mehr reden.

Zum Beispiel darüber:

Private Anbieter können leicht Ausreden finden.

Ich glaube: Darüber wird es noch viel Streit geben,
auch vor Gerichten.



Die Meinung von Thomas Hansen vom Verein Associata:

Assistenz-Hunde dürfen auch an Orte,

wo sonst **keine** Hunde erlaubt sind.

Zum Beispiel in Läden und in Arzt-Praxen.

Aber viele Menschen wissen das **nicht**.

Darum gibt es damit oft Probleme.

Wird das neue Gesetz diese Probleme lösen?

Das müssen wir abwarten.

Wichtig ist:

Alle Menschen brauchen mehr Infos über Assistenz-Hunde.

Dafür muss die Regierung mehr tun.



Mehr Infos

Wollen Sie mehr zu einem Thema lesen?

Dann klicken Sie auf einen Link.

Dann öffnet sich eine PDF-Datei in einem neuen Fenster.

Achtung: Diese Texte sind nicht in Leichter Sprache:

- **Die geplanten Änderungen für das neue BGG:**
<https://dserver.bundestag.de/btd/21/051/2105140.pdf>
- **Der Antrag von der AfD zu Assistenz-Hunden:**
<https://dserver.bundestag.de/btd/21/036/2103668.pdf>
- **Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen für mehr Barriere-Freiheit:**
<https://dserver.bundestag.de/btd/21/053/2105335.pdf>
- **Der Antrag von Die Linke zur besseren Umsetzung von der UN-BRK**
<https://dserver.bundestag.de/btd/21/055/2105569.pdf>

Text in Leichter Sprache und Prüfung:

Büro für Leichte Sprache der Lebenshilfe Bremen

Bilder: © Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V.,

Illustrator Stefan Albers